nis ausübt, innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Beschlußfassung beim zuständigen Kreisgericht Klage (Einspruch) zu erheben. Die gesetzlichen Grundlagen für den Eintritt und die Wirkungen der R. von gerichtlichen Entscheidungen sind die Prozeßordnungen der einzelnen Rechtsgebiete. Die Voraussetzungen für den Eintritt der R. von Entscheidungen staatlicher Organe sowie die Wirkung der R. solcher Entscheidungen ergeben sich aus den gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. aus dem Staatshaftungsgesetz oder aus der Wohnraumlenkungsverordnung. Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen können auch Entscheidungen gesellschaftlicher Organisationen R. erlangen. Das trifft insbesondere für Entscheidungen der Verwaltungen der Sozialversicherung des FDGB bzw. der Beschwerdekommisionen für Sozialversicherung des FDGB zu.

Rechtsmittel: rechtliche Möglichkeit zur Anfechtung einer noch nicht rechtskräftigen Entscheidung eines Gerichts, eines staatlichen Organs oder einer gesellschaftlichen Organisation. Die Wirkung eines R. besteht darin, daß sie den Eintritt der *→ Rechtskraft* der Entscheidung hemmt, wenn nicht im Gesetz etwas anderes bestimmt ist, und daß das Verfahren (mit Ausnahme gesetzlich festgelegter Fälle) von der unteren Instanz zur höheren übergeht. Das R. dient der verfassungsmäßigen Wahrung der Rechte und Interessen der Bürger, der Betriebe, der staatlichen Organe und der gesellschaftlichen Organisationen sowie der einheitlichen und richtigen Rechtsanwendung. Es gibt im wesentlichen folgende R.: 1. Im Strafverfahren die Berufung, den Protest und die Beschwerde. Die Berufung und der Protest sind zulässig gegen Urteile der Kreisgerichte und in erster Instanz erlassene Urteile der Bezirksgerichte. Das Urteil des Berufungsgerichts darf nicht auf eine schwerere

Maßnahme der strafrechtlichen Verantwortlichkeit erkennen, wenn # nur zugunsten des Angeklagten angefochten wurde (Verbot der Straferrhöhung). Die Berufung kann von dem Angeklagten, seinem gesetzlichen Vertreter oder nach Maßgabe der Gesetze vom Rechtsanwalt schriftlich bei dem Gericht eingelegt werden, das das Urteil gesprochen hat, gegen das sich das R. richtet. Sie muß innerhalb einer Woche eingelegt werden. Die Beschwerde ist zulässig gegen alle Beschlüsse, die von den Gerichten in Strafverfahren erster Instanz erlassen werden, wenn es nicht ausdrücklich im Gesetz untersagt ist. Sie ist schriftlich von dem Angeklagten, dem Verteidiger, von Zeugen, Sachverständigen, Geschädigten und Personen, die von dem Beschluß betroffen werden, innerhalb einer Woche bei dem handelnden Gericht einzulegen. Hält das Gericht die Beschwerde für begründet, wird ihr stattgegeben; anderenfalls ist sie innerhalb von 3 Tagen dem Beschwerdegericht vorzulegen. 2. In Zivil-, Familien-, Arbeits- und LPG-Rechtsverfahren die Berufung, die Beschwerde und den Protest. Die Berufung ist nach Maßgabe der Gesetze zulässig gegen Entscheidungen der ersten Instanz. Sie muß sich gegen den Urteilsspruch richten; eine lediglich gegen die Urteilsgründe gerichtete Berufung ist nicht zulässig. Die Berufung ist bei dem Gericht einzulegen, das das Urteil erlassen hat. Im Zivil-, Familien- und LPG-Rechtsverfahren beträgt die Berufungsfrist einen Monat, in Arbeitsrechtsverfahren 14 Tage. Die Beschwerde richtet sich gegen alle nicht in Form von Endurteilen ergehenden erstinstanzlichen Entscheidungen, gegen die die Beschwerde durch das Gesetz ausdrücklich zugelassen ist und gegen solche, die ohne mündliche Verhandlung erlassen werden dürfen, wenn durch diese Entscheidung ein das Verfahren betreffendes Gesuch zurückgewiesen